

**Antrag 116/I/2023****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Blockaden für progressive Politik im Bundesrat**

- 1 In den Koalitionsverhandlungen mit der CDU setzen wir  
2 uns für eine Vereinbarung ein, dass das Land Berlin im  
3 Bundesrat bei Abstimmungen über Gesetzesbeschlüsse  
4 des Bundestags mit Ja stimmen wird, wenn zwischen den  
5 Koalitionspartnern nichts anderes vereinbart ist.  
6 Mindestens muss dies für folgende Vorhaben gelten:
- 7 • die Einführung einer Kindergrundsicherung,
  - 8 • die Reformen des Aufenthalts- und des Staatsbür-  
9 gerschaftsrechts,
  - 10 • die Legalisierung von Cannabis,
  - 11 • die Wiederermöglichung der Ausübung des kom-  
12 munalen Vorkaufsrechtes im Baugesetzbuch,
  - 13 • die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreis-  
14 bremsen im BGB,
  - 15 • die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes,
  - 16 • die Absicherung von Regenbogenfamilien im  
17 Abstammungs- und Familienrecht,
  - 18 • die Aufhebung des Blutspendeverbots für queere  
19 Menschen,
  - 20 • die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um  
21 ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen  
22 Identität bzw. Orientierung,
  - 23 • die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs  
24 außerhalb des Strafgesetzbuchs,
  - 25 • die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei  
26 Bundestags- und Europawahlen.

27  
28 Sollten nicht alle diese für eine sozialdemokratische Po-  
29 litik unerlässlichen Punkte in einem mit der CDU ge-  
30 schlossenen Koalitionsvertrag unmissverständlich fest-  
31 gehalten werden können, kann eine Koalition mit der  
32 CDU nicht stattfinden. In diesem Fall erfolgt zeitnah  
33 und innerhalb der Abstimmungsfristen per E-Mail eine  
34 dieser Beschlusslage folgende Empfehlung an die SPD-  
35 Mitglieder in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Organisation  
36 hierfür übernimmt der geschäftsführende Kreisvorstand.

37  
38 Es wird dargestellt, welche dieser Forderungen Einzug in  
39 den Koalitionsvertrag gefunden haben und welche nicht.

40  
41 **Begründung**  
42 Üblicherweise enthalten Koalitionsverträge auf Länder-  
43 Ebene eine Vereinbarung, dass sich das Land im Bundesrat  
44 enthalten wird, wenn unter den Koalitionspartnern keine  
45 Einigung über das Abstimmungsverhalten erzielt werden  
46 kann. Da für Beschlüsse des Bundesrats jedoch stets ei-  
47 ne absolute Mehrheit erforderlich ist, wirken Enthaltun-  
48 gen effektiv als Nein-Stimmen. In Kombination wirkt die-

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 117/I/2023 (Konsens)**

49 se Staatspraxis als „Gift für Demokratie“ (vgl. Ulf Buer-  
50 meyer, „Ein Brauch, der der Demokratie sehr schadet“,  
51 [bit.ly/3F106BP](https://bit.ly/3F106BP)).

52

53 Sollte die SPD in Berlin eine Koalition mit der CDU ein-  
54 gehen, würde das die bestehende Blockade-Mehrheit der  
55 CDU/CSU so weit verstärken, dass selbst ein Wahlerfolg  
56 bei der anstehenden Landtagswahl in Hessen nicht aus-  
57 reichen würde, um für wichtige Vorhaben der Ampel-  
58 Koalition im Bund eine Bundesrats-Mehrheit zu sichern.  
59 Eine Vereinbarung, nach der das Land Berlin mit Ja  
60 stimmt, wenn nichts anderes vereinbart ist, könnte das  
61 verhindern.